



Brüssel, den 14. November 2016
(OR. en)

13997/16

ENER 369
RELEX 917

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates

Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Betr.: Fortschritte bei der Entwicklung der externen Dimension der EU-Energiepolitik

- Aktuelle Informationen der Kommission
- Gedankenaustausch auf der Grundlage eines Papiers des Vorsitzes

Vorbehaltlich der Bestätigung durch den AStV wird der Rat (Verkehr, Telekommunikation und Energie) auf seiner Tagung am 5. Dezember 2016 aktuelle Informationen der Kommission zu den Fortschritten bei der Entwicklung der externen Dimension der EU-Energiepolitik hören und anschließend einen Gedankenaustausch führen.

In der Anlage wird in Abschnitt I ein Überblick über Entwicklungen in der globalen Energielandschaft seit Dezember 2013 sowie die erzielten Fortschritte und Errungenschaften gegeben, während Abschnitt II Fragen für den Gedankenaustausch der Minister enthält.

FORTSCHRITTE BEI DER ENTWICKLUNG DER EXTERNEN DIMENSION DER EU-ENERGIEPOLITIK

(Dezember 2013 – Dezember 2016)

I. ÜBERBLICK

Der Rat (Verkehr, Telekommunikation und Energie) hat auf seiner Tagung vom 12. Dezember 2013 den Bericht des Rates mit dem Titel "Maßnahmen im Anschluss an die Tagung des Europäischen Rates vom 22. Mai 2013: "Überprüfung der Entwicklungen in der externen Dimension der EU-Energiepolitik"¹ gebilligt und den Rat ersucht, "*dieses Thema vor Ende 2016 wieder aufzugreifen und dabei die zwischenzeitlichen Entwicklungen zu berücksichtigen.*"

Zwischen Ende 2013 und Ende 2016 gab es eine Reihe bedeutender Entwicklungen in der globalen Energielandschaft, die großen Einfluss auf die interne und die externe Dimension der EU-Energiepolitik hatten.

Entwicklungen in der globalen Energielandschaft seit 2013

Die markantesten Änderungen im Energiebereich auf internationaler Ebene, die die externe Dimension der EU-Energiepolitik beeinflusst haben, sind Folgende:

- Die Annahme des Pariser Klimaschutzübereinkommens im Dezember 2015 und sein zügiges Inkrafttreten im November 2016 stellen eine wichtige Entwicklung mit potenziell weitreichenden Auswirkungen auf externe Energiefragen und die globale Energielandschaft dar. Die EU spielte dabei eine entscheidende Rolle.
- Auch die Agenda 2030 der Vereinten Nationen und die im September 2015 angenommenen Ziele für nachhaltige Entwicklung haben einen neuen internationalen politischen Rahmen vorgegeben, der von der EU erheblich unterstützt wurde. Er umfasst wesentliche energiebezogene Aspekte, wirkt sich daher auf die Europäische Energiepolitik aus und gibt entsprechende Leitlinien vor.

¹ Dok. 17756/13.

- Die niedrigeren Öl- und Gaspreise seit Juni 2014 beeinflussen die Investitionen in neue Infrastruktur und stellen bis zu einem gewissen Grad die Zweckmäßigkeit von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz in Frage. Trotz des geringen Preises der Kohlenwasserstoffe ist eine weltweite Tendenz zur Dekarbonisierung zu beobachten und ist die Energieintensität der Weltwirtschaft weiter rückläufig. Nach der Krise zwischen der Ukraine und Russland Anfang 2014 ist die Energieversorgungssicherheit erneut zu einer wichtigen Priorität der EU, innerhalb der G7 sowie für internationale Organisationen wie der internationalen Energiecharta und der IEA geworden.
- Gleichzeitig hat Russland weitere Anstrengungen unternommen, um seine Exportmärkte für Energie ebenso wie seine Exportrouten weiter zu diversifizieren (Ankündigung der Gasfernleitungen Nord Stream 2, "South Stream", "Turkish Stream" und "Kraft Sibiriens").
- Die positiven Entwicklungen in Bezug auf Iran haben dazu geführt, dass die meisten Sanktionen Anfang 2016 aufgehoben wurden. Das Land ist bemüht, wieder seinen Platz unter den weltweit wichtigsten Energie produzierenden und exportierenden Ländern einzunehmen.
- Die politische und wirtschaftliche Lage im Nahen Osten und in Nordafrika ist weiterhin unbeständig, wodurch die dringend benötigten Investitionen im Energiesektor beeinträchtigt werden.
- Die Aussichten für die Nutzung von Gasfunden im östlichen Mittelmeer (d. h. Zypern, Israel und Ägypten) haben sich in letzter Zeit erheblich weiterentwickelt.
- Der Energiemarkt entwickelt sich nach wie vor rasch weiter. Die Märkte für Flüssigerdgas sind aufgrund der gestiegenen Produktion, insbesondere in Australien und den Vereinigten Staaten, schnell gewachsen, was zu einem zunehmend globalisierten Markt geführt hat. Indiens rasches und nachhaltiges Wachstum macht das Land zu einem wichtigen Akteur der internationalen Energieszene, während China im Jahr 2015 die EU bei Investitionen in erneuerbare Energiequellen weit überholt hat (mit einem Investitionsvolumen von über 100 Mrd. US \$ – doppelt so viel, wie die EU in erneuerbare Energiequellen investiert).

Fortschritte und Errungenschaften der externen EU-Energiepolitik seit Ende 2013

Für die EU stellte sich die Herausforderung, wirksam und gemeinsam auf diese neuen globalen Entwicklungen zu reagieren und ihnen vorzugreifen. Erhebliche Fortschritte wurden bei der Stärkung und Vertiefung der externen Dimension der EU-Energiepolitik erzielt, womit den Empfehlungen der Tagung des Rates (Energie) vom Dezember 2013 in vollem Umfang entsprochen wurde.

Die Kommission reagierte rasch auf die Aufforderung des Europäischen Rates vom März 2014 angesichts der Krise zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation, "eine eingehende Studie zur Energieversorgungssicherheit der EU durchzuführen und bis Juni 2014 einen umfassenden Plan für die Verringerung der Energieabhängigkeit der EU vorzulegen." Im Anschluss an die daraus resultierende Mitteilung der Kommission über eine **Europäische Strategie für Energieversorgungssicherheit**² hat der Europäische Rat im Juni 2014 eine sichere Zukunft in Bezug auf Energieversorgung und Klimaschutz als eine der fünf übergeordneten Prioritäten bestimmt, an denen sich die Arbeit der Europäischen Union in den kommenden fünf Jahren ausrichten wird. Dementsprechend legte die Kommission im Februar 2015 eine integrierte "**Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie**"³ – kurz die Strategie für die Energieunion – vor. Im März 2015 erklärte der Europäische Rat, dass die EU für die Schaffung einer Energieunion auf der Grundlage der Rahmenstrategie der Kommission eintritt. Die Umsetzung der Strategie ist eine der zehn strategischen Prioritäten der aktuellen Europäischen Kommission.

Die Strategie für die Energieunion ist ohne Zweifel das wichtigste Instrument für die Ausrichtung der Energiepolitik der EU geworden und alle ihrer fünf Dimensionen weisen einen außenpolitischen Bezug auf. Die europäischen Institutionen arbeiten eng mit den EU-Mitgliedstaaten zusammen, um die Umsetzung der Strategie für die Energieunion, auch in ihrer externen Dimension, über die zuständigen Arbeitsgruppen des Rates und die **strategische Gruppe für die internationale Zusammenarbeit im Energiebereich** sicherzustellen. Letztere setzte ihre zweimal jährlich stattfindenden Sitzungen fort, bei denen es um strategische Diskussionen sowie um den konkreten Austausch zwischen der Kommission und den EU-Mitgliedstaaten zu thematischen und geografischen Themen geht.

² Dok. 10409/14.

³ Dok. 6594/15.

Um die Umsetzung der Strategie für die Energieunion weiter voranzubringen, hat der Rat (Auswärtige Angelegenheiten) im Juli 2015 außerdem Schlussfolgerungen des Rates zur Energiediplomatie der EU⁴ angenommen, die einen **Aktionsplan für die Energiediplomatie der EU** enthalten. Ein zentrales Element dieses Aktionsplans besteht darin, der EU und den Mitgliedstaaten die Übermittlung kohärenter und aufeinander abgestimmter Botschaften zu erleichtern, wenn sie mit internationalen Partnern über Energiefragen sprechen; die ersten dieser "gemeinsamen Botschaften" zur Diversifizierung der Energieversorgung wurden Anfang 2016 vereinbart. In dem Dokument heißt es auch, dass die EU "[...] alle Instrumente der auswärtigen Politik einsetzen [wird], um zu gewährleisten, dass eine starke geeinte EU konstruktiv gegenüber ihren Partnern auftritt und im Bereich Energie und Klima mit einer Stimme spricht." Ein weiterer Pfeiler des Aktionsplans sind die Bemühungen, die Verbesserung der globalen Energiearchitektur und multilateraler Initiativen zu unterstützen. Der EAD hat in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission eine informelle Sachverständigengruppe für EU-Energiediplomatie eingesetzt, um Leitlinien für die Umsetzung des Aktionsplans vorzugeben. In der Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union wurde ebenfalls die wichtige Rolle der Energieversorgungssicherheit und der Energiediplomatie anerkannt. Der Rat (Auswärtige Angelegenheiten/Entwicklung) wird sich auf seiner Tagung im November 2016 auch vorrangig mit den Verknüpfungen zwischen Entwicklungs-, Energie-, Klima-, Umwelt- sowie Forschungs- und Innovationspolitik befassen.

Eines der Instrumente in den Beziehungen der EU mit Partnern aus Drittländern ist der Austausch von Informationen über **zwischenstaatliche Abkommen** zwischen EU-Mitgliedstaaten und Drittländern. Der Vorschlag für eine Überarbeitung des Beschlusses Nr. 994/2012/EU, den die Europäische Kommission im Februar 2016 angenommen hat, ist bisher eines der wichtigsten Ergebnisse der Strategie für die Energieunion. Er ergänzt die transparenzbezogenen Aspekte der überarbeiteten Verordnung über die sichere Erdgasversorgung. Derzeit werden auf der Grundlage der vom Rat (Verkehr, Telekommunikation und Energie) am 6. Juni 2016 erzielten "allgemeinen Ausrichtung" Trilogverhandlungen geführt, um bis Ende 2016 zu einem Kompromiss zu gelangen.

Infolge der Spannungen zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation und entsprechend den Wirtschaftssanktionen, die die EU im Juli 2014 gegenüber Russland verhängt hat, ist der offizielle **Energiedialog EU-Russland** ausgesetzt. Allerdings – und das ist wichtig – sind die **trilateralen Gespräche EU-Russland-Ukraine über Energiefragen** fortgeführt worden und haben zu einer Einigung geführt, wodurch sich die Energieversorgungssicherheit für die EU und die Ukraine in den Wintern 2014/15 und 2015/16 stabilisiert hat. Es werden weitere trilaterale Gespräche für den Winter 2016/17 in Betracht gezogen.

⁴

Dok. 10995/15.

Was die Zusammenarbeit mit der **Ukraine** anbelangt, so ist die EU weiter bemüht, den Reformprozess in Bezug auf das Energiesystem des Landes zu unterstützen. Mit der Annahme des neuen Gasgesetzes im April 2015 und dem Plan für die Entflechtung im Juli 2016 wurden wichtige Schritte hin zu einem wettbewerbsorientierten Markt im Gassektor vollzogen. Im September 2016 wurde ein neues Gesetz über die Regulierungsbehörde für Versorgungsunternehmen verabschiedet und das neue Elektrizitätsgesetz soll voraussichtlich Ende 2016 angenommen werden, wodurch auch in diesem Teilsektor entscheidende Umstrukturierungen möglich werden. Auf dem Gebiet der Energieeffizienz sind wesentliche Fortschritte zu verzeichnen, aber es muss noch mehr unternommen werden.

Die **Energiegemeinschaft** ist nach wie vor der wichtigste Partner bei der Zusammenarbeit mit den Nachbarn der EU auf dem Balkan und im Osten. Die wichtigsten Meilensteine in dem betrachteten Zeitraum waren die Einbeziehung der Richtlinien zu transeuropäischen Energienetzen und zur Energieeffizienz in den Besitzstand der Energiegemeinschaft, die Verbesserung des Geltungsbereichs, der Umsetzung und der Verfahren des Vertrags zur Gründung der Energiegemeinschaft, die Festlegung von Projekten von Interesse für die Energiegemeinschaft (PECI) und von gegenseitigem Interesse (PMI) und nicht zuletzt die Ausweitung auf Georgien, das im Oktober 2016 Vertragspartei wurde.

Die **Europäische Nachbarschaftspolitik** (ENP) wurde im November 2015 überprüft und vom Rat gebilligt, sodass besser auf die neuen Herausforderungen reagiert werden kann, die sich in den letzten Jahren im Osten und Süden gestellt haben. Das übergeordnete Ziel ist eine stabile Entwicklung und höhere Widerstandsfähigkeit der Partner. Energie ist nach wie vor einer der Hauptschwerpunktbereiche und vor kurzem wurde vereinbart, den Klimawandel als Schlüsselbereich für die Zusammenarbeit aufzunehmen und damit den Partnern den von der EU intern angewandten Ansatz zu vermitteln. Die EU hat bekräftigt, dass sie sich weiterhin für den Ausbau des Energiedialogs mit den Nachbarländern über die Energieversorgungssicherheit, die Reform der Energiemarkte und die Förderung nachhaltiger Energie einsetzen wird.

Auf dem Gipfeltreffen der **Östlichen Partnerschaft** in Riga vom Mai 2015 wurde gefordert, die Verbundfähigkeit und die Energieeffizienz in den Mittelpunkt zu stellen. Beim **südlichen Gaskorridor** wurden gute Fortschritte erzielt, und spätestens 2020 dürfte aus Aserbaidschan Erdgas in die EU strömen. Um die Entwicklung des Korridors politisch zu straffen, wurde der Beirat für den südlichen Gaskorridor eingesetzt, der 2015 und 2016 bereits zweimal zusammengetreten ist. Die Vorbereitungen für eine eventuelle Verlängerung des südlichen Gaskorridors nach Zentralasien, insbesondere nach Turkmenistan, haben mit der Unterzeichnung der Erklärung von Aschgabat im Mai 2015 und der anschließenden Einsetzung der Arbeitsgruppe für ihre Umsetzung begonnen. Der Elektrizitätsverbund zwischen Georgien und Armenien als Teil des **Kaukasus-Übertragungsnetzes** wurde mit Unterstützung der Nachbarschaftsinvestitionsfazilität errichtet. Dank der allmählichen Verbesserung der politischen Lage in **Belarus** konnte eine Verwaltungsvereinbarung über ein Frühwarnsystem bei Unterbrechungen der Energielieferungen über Belarus in die EU unterzeichnet werden. Nach 20 Jahren wurde das erfolgreiche regionale Energieprogramm INOGATE 2016 durch die neue regionale Maßnahme **EU4Energy** ersetzt. Die Tätigkeiten werden dem thematischen Schwerpunkte Rechnung tragen und von der Internationalen Energie-Agentur und den Sekretariaten der Energiegemeinschaft und der Energiecharta durchgeführt.

Im **Süden** wurden als Folgemaßnahme zu dem Ministertreffen der Union für den Mittelmeerraum vom Dezember 2013 drei **EU-Med-Energieplattformen** geschaffen. Diese Plattformen lenken die Zusammenarbeit mit der südlichen Nachbarschaft bei Erdgas, dem regionalen Strommarkt sowie erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Außerdem werden mit **Algerien** (seit Mai 2015) und der **Türkei** (seit März 2015), zwei wichtigen Partnern im Zusammenhang mit der Diversifizierung der Energieversorgung, hochrangige Dialoge über Energie geführt. Der Energiedialog zwischen der EU und Algerien konzentriert sich auf Erdgas, Elektrizität sowie erneuerbare Energie und Energieeffizienz und zielt darauf ab, ausländische Investitionen in den Energiesektor anzuziehen, während der Dialog mit der Türkei breiter angelegt ist und das Ziel verfolgt, die Energieversorgung sicherzustellen und zu diversifizieren und wettbewerbsfähige Energiemarkte zu gewährleisten.

Im Hinblick auf die Diversifizierung der Erdgasversorgung hat die Kommission im Februar 2016 eine **EU-Strategie für Flüssigerdgas und die Speicherung von Gas** vorgelegt. Als wichtiger Importeur von Flüssigerdgas hat die EU ein starkes Interesse an der weiteren Förderung freier, zahlungsfähiger und transparenter LNG-Märkte weltweit. Daher arbeitet die EU weiterhin eng mit anderen Haupt-LNG-Importländern wie Japan und wichtigen LNG-Exportländern wie Australien zusammen.

In den letzten Jahren wurde auch die energiepolitische Zusammenarbeit mit **China und Indien** verstärkt. Die Zusammenarbeit mit China wurde geprägt vom Gipfeltreffen zwischen der EU und China sowie vom Urbanisierungsforum zwischen EU und China 2015 und fand schließlich ihren Höhepunkt in der Unterzeichnung des Fahrplans für die energiepolitische Zusammenarbeit zwischen der EU und China (2016-2020) im Juli 2016. Der Fahrplan enthält die Ziele und Bereiche der künftigen bilateralen Zusammenarbeit insbesondere in den Bereichen der Energieversorgung und -nachfrage und soll einen Beitrag zum Umbau des Energiesystems, zur nachhaltigen Entwicklung des weltweiten Energiesystems und zu in Bezug auf Energie und Klimawandel krisenfesten Investitionen leisten. Die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Indien hat im März 2016 zur Errichtung der Partnerschaft zwischen der EU und Indien für saubere Energie und Klimawandelfragen geführt. Sie soll die Umsetzung des jeweils beabsichtigten nationalen Beitrags der EU und Indiens im Rahmen des Pariser Klimaschutzübereinkommens und zur Gewährleistung einer sicheren, sauberen, erschwinglichen und zuverlässigen Energieversorgung für alle unterstützen und verstärken.

Gemäß den Empfehlungen des Rates vom Dezember 2013 und der Strategie für die Energieunion hat die EU 2016 den hochrangigen Dialog über Energie mit anderen wichtigen Partnern wie **Norwegen** im Rahmen des Energiedialogs EG-Norwegen, den **USA** über den Energierat EU-USA und **Kanada** durch die Wiederaufnahme des hochrangigen Energiedialogs zwischen der EU und Kanada fortgesetzt und vertieft.

Was die energiepolitische Zusammenarbeit im Rahmen **internationaler Organisationen** oder anderer multilateraler Einrichtungen anbelangt, ist zu betonen, dass die EU sich daran beteiligt und das Vorhaben unterstützt hat, den Konvent der Bürgermeister 2015 zur weltweit größten klima- und energiepolitischen Initiative, bei der die Eindämmung des Klimawandels und die Anpassung an dessen Folgen sowie eine sichere, nachhaltige und erschwingliche Energieversorgung im Mittelpunkt stehen, zu machen. Die EU hat sich auch der **Ministertagung zum Thema saubere Energie**, mit der für die Übernahme umweltfreundlicher Energietechnologien geworben, Erfahrungen und bewährte Verfahren weitergegeben und zum Übergang zu einer weltweiten sauberen Energiewirtschaft sowie zu Energieeffizienz aufgerufen werden soll, und der **Initiative Innovationsmission** förmlich angeschlossen, die 2015 anlässlich der COP 21 in die Wege geleitet wurde und mit der weltweit öffentliche und private Innovationen im Bereich saubere Energien angeregt und beschleunigt werden sollen, um saubere Energie weithin erschwinglich zu machen. Andere internationale Foren, mit denen die EU nach wie vor eng zusammenarbeitet, sind die **G7 und die G20** im Wege ihrer jeweiligen Energieministertagungen, die **OPEC** im Rahmen der hochrangigen Tagungen von 2014 und 2016 und die **Internationale Energie-Agentur (IEA)**. Die EU beteiligt sich in vollem Umfang an den Arbeiten der IEA und nimmt an fast allen ihren Arbeitsgruppen teil. Sie beteiligt sich an Länderüberprüfungen, leistet freiwillige Finanzbeiträge zu Tätigkeiten der IEA und unterstützt sie bei ihrer Modernisierung, indem sie Schwellenländer besser erreicht, ihren thematischen Schwerpunkt erweitert und die IEA zu einem globalen Zentrum für Technologien für saubere Energie und Energieeffizienz umgestaltet.

In den letzten Jahren hat die **Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA)** erhebliche Beiträge zur Förderung des verstärkten Einsatzes von Technologien für erneuerbare Energien auf der ganzen Welt geleistet. Mit ihrer aktiven Beteiligung an multilateralen Initiativen wie dem Klimagipfel der Vereinten Nationen und der Initiative "Nachhaltige Energie für alle" wird die IRENA immer mehr zu einer weltweiten Verfechterin der erneuerbaren Energien und unterstützt die Gestaltung der weltweiten politischen Debatte. Ihr aktuelles Arbeitsprogramm legt den Schwerpunkt auf drei strategische Prioritäten, nämlich die ständige Betonung der Verstärkung des Geschäftsszenarios der erneuerbaren Energien, der Verstärkung regionaler Maßnahmen und der Steigerung der Effizienz der IRENA durch strategische Partnerschaften.

Die **Energiecharta** wird derzeit modernisiert und erweitert. Im Mai 2015 haben in Den Haag über 80 Länder eine aktualisierte Fassung der "Internationalen Energiecharta" angenommen und unterzeichnet, d. h. eine politische Erklärung, in der die Grundsätze für die Zusammenarbeit im Energiebereich gebilligt werden. Dies war der erste Schritt, um auch neue Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika anzuziehen. Die Energiecharta hat im Kreise ihrer Mitglieder zur Stabilität und Transparenz des Investitionsklimas im Energiesektor beigetragen.

Fazit

In den letzten drei Jahren wurde die externe Dimension der Energieunion wesentlich von den Veränderungen des globalen Energiesystems und den Interessen der Energieunion bestimmt. Die EU hat ihre Aufmerksamkeit auf die Reaktion auf neue Herausforderungen und internationale Entwicklungen sowie die Beibehaltung ihrer Führungsrolle beim Übergang zu einem kohlenstoffarmen Energiesystem auf der ganzen Welt gerichtet.

* * * * *

II. Gedankenaustausch

Anhand der Informationen in Abschnitt I werden die Minister ersucht, Gedanken zu folgenden Fragen auszutauschen:⁵

- 1) Wie bewerten Sie die Fortschritte der letzten Jahre hinsichtlich eines stärkeren gemeinsamen Auftretens der EU in den Beziehungen zu Partnern jenseits ihrer Grenzen, insbesondere bei der Berücksichtigung der wichtigsten Prioritäten, die in der Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie benannt wurden?
- 2) Welche Länder oder Regionen sind Ihrer Ansicht nach für die EU am wichtigsten und welche Instrumente sollten zum Ausbau der gegenseitigen Zusammenarbeit eingesetzt werden, um in den einschlägigen Bereichen der Energiepolitik spürbare Ergebnisse zu erzielen?
- 3) Wie sollte die EU am besten an die derzeitige Veränderung des weltweiten Energiesystems herangehen und auf die aktuellen Reformen in den internationalen Energieorganisationen reagieren?

⁵ **NB:** Die Delegationen können ihren Beitrag schriftlich übermitteln, sodass die Minister sich auf die Kernaussagen konzentrieren können.